

# **Aktuelle wirtschaftliche Lage in Brandenburg**

*Regierungserklärung von Ministerpräsident Matthias Platzeck zur aktuellen wirtschaftlichen Lage in Brandenburg am 17. Dezember 2008*

Die Zeiten sind zweifelsohne ernst. Die internationalen Finanzmärkte sind in diesem Herbst in eine Krise geraten, wie sie die Welt seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. Die Folge dieser Krise ist ein scharfer Wachstumseinbruch, ein qualitativ ganz anderer Wachstumseinbruch, als wir ihn in einem auslaufenden Konjunkturzyklus normalerweise hätten erwarten können. Die Weltwirtschaft steht mit Sicherheit vor der schwersten Bewährungsprobe seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Krise macht um unser Land, um Brandenburg, selbstverständlich keinen Bogen; denn auch unsere Unternehmen agieren auf offenen Weltmärkten. Es ist deshalb logisch, dass unsere Wirtschaft von den konjunkturellen Folgen der internationalen Finanzkrise in Mitleidenschaft gezogen wird. Mitten hinein in die besinnliche Vorweihnachtszeit müssen wir also am heutigen Nachmittag über ein Thema sprechen, das alles andere als erbaulich ist. Sie können sicher sein, auch mir wäre es lieber, heute eine andere Erklärung abgeben zu können bzw. dass eine solche nicht nötig gewesen wäre.

Die Politik steht in diesen Wochen und Monaten vor erheblichen Herausforderungen. In dieser Lage haben die Brandenburger ein Recht, zu erfahren, was ihre Landesregierung zur gegenwärtigen Krise sagt, und die Landesregierung hat die Pflicht, Orientierung zu geben. Die Bürger in unserem Lande wollen wissen, ob die Regierung in den kommenden Monaten mit Entschiedenheit an ihrer Seite steht, und sie wollen wissen, welchen Beitrag wir leisten, um die Konsequenzen der Krise abzufedern. In dieser Situation darf eine Regierung weder schweigen, noch darf sie schönfärben. Sie können sicher sein, wir werden weder das eine noch das andere tun.

Allerdings will ich auch gleich am Anfang sagen: Bangemachen gilt auch in einer solchen Situation nicht. Mit Bangemachen ist niemandem wirklich gedient. - 2009 wird nach allem, was absehbar ist, kein einfaches Jahr. Aber ob es gleich ein Jahr der durchweg schlechten Nachrichten wird, wie es die Kanzlerin angekündigt hat, bin ich mir nicht sicher. Ich glaube, eine solche generelle Ankündigung nimmt ein Stück zu viel Motivation und Zuversicht. Beides werden wir in diesem Jahr dringend brauchen, um die Herausforderungen gut meistern zu können.

Meine Damen und Herren! Unser gemeinsames Ziel darf nicht sein, diese Krise irgendwie zu überstehen. Unser Ziel muss es sein, mit neuen Chancen auf den Weg des Wachstums zurückzukehren. Mit dieser Art von Herausforderungen haben wir in unserem Land einige Erfahrungen. Jeder, der sich an die Situation von 1990 und die schweren Jahre danach erinnert, kann das - denke ich - bestätigen. Hier wurde länger gearbeitet als anderswo. Hier wurden weitere Wege zur Arbeit in Kauf genommen als anderswo. Wir haben nicht wenige Rückschläge erlitten und sind wieder aufgestanden. Das macht uns auch stärker, als wir in den Jahren vorher waren. Wir haben außerdem gelernt, dass andere auf dieser Welt auch nur mit Wasser kochen.

Ich glaube, wir haben keinen wirklichen Grund für Furcht oder Kleinmut, sondern wir haben in diesem Land auch gute Voraussetzungen, um die Krise zu meistern. Wir haben in Brandenburg in den vergangenen Jahren durchaus beträchtliche Erfolge erzielt. Wir haben in der Förderpolitik die Weichen richtig gestellt. Die Arbeitslosenzahl im Lande ist erheblich gesunken. Unsere Industrie ist wettbewerbsfähig und exportstark. Moderne Unternehmen haben in Brandenburg investiert und Arbeitsplätze geschaffen. Wir haben inzwischen einen wirklich vitalen Mittelstand, und wir haben - im Vergleich gesehen - eine hervorragende Infrastruktur. Auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien sind wir weiter als die anderen Bundesländer. Wir sind dabei, unser Bildungssystem systematisch zu verbessern. Wir haben in den vergangenen Jahren den Landeshaushalt konsequent in Ordnung gebracht. Ich glaube, wir können mit Fug und Recht am Ende dieses Jahres sagen: Brandenburg ist zu einem Land im Vorwärtsgang geworden.

Wir haben vor vier, fünf Jahren auf die Erneuerung aus eigener Kraft gesetzt, und wir haben in Brandenburg alle zusammen gezeigt, dass diese Erneuerung aus eigener Kraft gelingen kann. Daran haben viele mitgewirkt: unsere gut ausgebildeten, leistungsbereiten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aktive Unternehmer, tatkräftige Handwerker, Betriebsräte, Gewerkschaften, Verbände, engagierte Lehrer und Forscher in unserem Lande, Studenten, Schüler und Eltern und - nicht zu vergessen - tatkräftige Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus allen demokratischen Parteien.

All das hat dazu beigetragen, dass sich in Brandenburg eine Kultur des Zusammenhalts entwickelt hat. Immer mehr Menschen haben erkannt: Wir sitzen in Brandenburg im selben Boot. Genau diese kollektive Einsicht macht durchaus eine Stärke unseres Landes deutlich. Das, was in Brandenburg an neuem Zusammenhalt entstanden ist, wird uns dabei helfen, die vor uns liegende schwierige Wegstrecke zu bewältigen.

Was genau liegt vor uns? Meiner Ansicht nach lässt sich das gesamte Ausmaß, mit der sich die Volkswirtschaften der Welt auseinandersetzen müssen, gegenwärtig noch nicht einschätzen. Helmut Schmidt hat erklärt, wir hätten es mit einer Weltrezession zu tun. Diese weist einen Unterschied zu vergangenen Rezessionen auf: Wenn heute etwas geschieht, ereignet es sich per Internet ist man überall innerhalb einer Stunde informiert auf der ganzen Welt. Derjenige, der am Morgen die Börsennachrichten verfolgt, kann dies gut beobachten. Schließlich wird darauf geschaut, was einige Stunden zuvor auf der anderen Seite der Weltkugel geschehen ist.

Fakt ist: Bis die Finanzmärkte in geordneten Bahnen verlaufen, wird es noch längere Zeit dauern. Niemand kann seriös prognostizieren, wie drastisch die Rezession ist und wie lange sie andauern wird. Dennoch ist Angst niemals ein guter Berater. Was uns dabei klüger macht, sind die gesammelten eigenen Erfahrungen. Aus diesem Grund müssen wir darüber sprechen, was in Brandenburg als Nächstes zu tun ist, um die Krise so gut wie möglich zu bewältigen.

Der Erkenntnisgewinn mit Blick auf das große Ganze ist eindeutig. Die Rezession, die nun die Realwirtschaft erfasst, ist kein Naturereignis dies sollten wir uns verdeutlichen, sondern wurde von Menschen gemacht und ist das Resultat der Ideologie vollständig freier Märkte. Diese Ideologie hat sich aus meiner Sicht ein für allemal endgültig als untauglich erwiesen.

Was waren denn die Botschaften? Die Botschaften der vergangenen Jahre lauteten immer gleich: Wirtschaft wird von der Wirtschaft betrieben! Staat, halt' dich heraus! Dies hat - bis das dicke Ende kam - vor allem den Lehman Brothers dieser Welt genutzt. Sie haben uns immer wieder erklären wollen, wie Wirtschaft tatsächlich funktioniert. Jetzt, in der Krise sind sie jedoch kleinlaut geworden. Sie sind fast nicht mehr zu vernehmen. Die Folgen ihres Handelns sind jedoch dramatisch und müssen von anderen ausgebadet werden.

Von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern erwarten wir allenthalben und überall ganz selbstverständlich Vernunft, Anstand und Verantwortungsgefühl. In einigen der Etagen der Lehman Brothers dieser Welt wurden jedoch die Worte Vernunft, Anstand und Verantwortungsgefühl in den vergangenen Jahren zu Fremdwörtern. Die Bürger haben nicht zu Unrecht das Gefühl das hört man von früh bis spät an allen Ecken des Landes, die Zeche zahlen zu müssen. Dies macht sie wütend, was sehr verständlich ist.

Die Finanzkrise zeigt, was geschieht, wenn Geld versucht, die Welt zu regieren, und wenn der ungehemmte Wettbewerb sowie die Ideologie der rücksichtslosen Gewinnmaximierung herrschen. Die Herrschaft der marktradikalen Ideologie ist mit lautem Knall zu Ende gegangen. Ich wünsche mir, dass sie nie wiederkehrt.

Diese Ideologie führte dazu, dass den Bürgern in Amerika ohne Rücksicht auf deren Leistungsfähigkeit bis vor kurzem komplett kreditfinanzierte Hauskäufe natürlich mit Blick auf damit verbundene Provisionen für die Kreditvermittler aufgeschwatzt wurden. Diese Ideologie führte dazu, dass im Bankgeschäft Eigenkapitalrenditen in Höhe von bis zu 25 % die normale Messlatte des Geschäftserfolgs wurden, auch wenn Volkswirtschaften zugleich nur um 2 bis 3 %

gewachsen sind. Diese Ideologie führte auch dazu, dass Bankmanager vor allem dann erfolgsorientierte Bonuszahlungen erhalten haben, wenn sie besonders waghalsige, kurzsichtige und abstrakte Geschäfte abgeschlossen haben.

In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten haben viele Investorengruppen ausgesprochen ruppig völlig unbeeindruckt von den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer agiert. Ich erinnere nur an die McKenzies dieser Welt: Egal, wohin sie kamen, wurde stets davon gesprochen, 10 % Rendite reiche nicht aus, schließlich könne man auch 20 % herausholen. - Dies haben wir in unserem Land leider erleben müssen. Hier sei an den Verkauf von Grohe in Herzberg erinnert. Dort reichten 15 % Rendite angeblich nicht aus, weil man auch 20 % hätte bekommen können.

Diese Ideologie führte auch dazu, dass sich in Deutschland der Kapitalmarkt auf extrem komplizierte Finanzprodukte, wie Zertifikate, stürzte, deren Funktionsweise wie wir heute wissen nicht einmal die damit handelnden Banker verstanden und durchschaut haben. Sie haben Anlageempfehlungen ausgesprochen, für die sich ein ehrlicher Kaufmann hätte schämen müssen. Jedoch gehört zur Ehrlichkeit der Situationseinschätzung dies muss klar sein, dass Käufer den Zusammenhang von hoher Renditeerwartung und hohem Risiko zu leichtfertig verdrängt haben. Schließlich können gierige Banker nur erfolgreich sein, wenn gierige Kunden vorhanden sind dies muss so deutlich gesagt werden denn sonst würde das System nicht funktionieren.

Die Konsequenz aus all dem ist heute unübersehbar. Wir befinden uns ich denke, mit der Aussage greift man nicht zu hoch mitten in einem epochalen Umbruch. Ein Zurück zur alten Tagesordnung des zügellosen Kapitalismus wird es nicht geben. Es ist die Zeit des Neubeginns, es ist auch die Zeit des neuen Denkens. Aus dem Kollaps eines Finanzsystems, das Altbundeskanzler Helmut Schmidt zutreffend als Raubtierkapitalismus bezeichnet, müssen wir nun das ist unsere Pflicht die richtigen, zukunftssträchtigen Schlüsse ziehen. Helmut Schmidt schreibt in seinem jüngsten Buch:

„Keine Marktwirtschaft und kein Markt schafft automatisch Marktordnung, Wettbewerbsordnung und soziale Gerechtigkeit. Überall muss die Regierung für Ordnung sorgen, nirgendwo kommt Ordnung von selbst.“

„Nirgendwo kommt Ordnung von selbst.“ Diese grundlegende Einsicht haben die Anhänger der Deregulierung in den vergangenen Jahren systematisch verdrängt und vergessen. Ich wünsche mir und uns allen, dass sie aus den Erfahrungen der vergangenen Wochen und Monate neue Schlüsse ziehen.

An dieser Stelle möchte ich jedoch davor warnen, der Versuchung nachzugeben, das Kind jetzt weil die Situation ist, wie sie ist mit dem Bade auszuschütten. Wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass in diesen Tagen an einigen Stellen auch klammheimliche Freude zum Teil offen ausgelebte Freude über den Ausbruch der Krise herrscht. Da und dort erhoffen sich einige, dass an die Stelle der marktwirtschaftlichen Ordnung nun doch wieder eine Form des real-staatssozialistischen Systems treten könnte.

Wir müssen uns bewusst machen, dass es Marktideologen und absoluten Verstaatlichungsideologen um etwas anderes geht: Es geht inzwischen längst um das Recht behalten.

Es geht darum, Recht zu behalten, statt um das Wohlergehen wirklicher Menschen aus Fleisch und Blut. Beide Seiten verkünden sogenannte ewige Einsichten, ewige Wahrheiten, was einen immer skeptisch machen sollte, wenn so etwas verkündet wird. Wenn dann verheerende Folgen eintreten - das haben wir auf dieser Welt mehrfach erlebt und erleben es jetzt gerade wieder -, erklären sie sich für deren Eintreten für restlos unzuständig; damit haben sie nichts zu tun bzw. haben es nicht gewollt.

So leicht darf und wird es sich diese Landesregierung nicht machen. So leicht werde ich es mir auch selber nicht machen. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, die wir für die Bürger dieses Landes tragen. Darum müssen wir gründlich, sehr gründlich hinsehen und die Konsequenzen unseres Handelns so gut wie irgend möglich ab- und einschätzen.

Das, was wir heute wissen, ist: Unrettbar in die Krise geraten ist eine bestimmte Form von regellosem Kapitalismus. Ich sage genauso klar: In der Krise steckt ausdrücklich nicht das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft. In die Krise geraten ist auch nicht das Prinzip eines sozial verantwortlichen Unternehmertums, das glücklicherweise auch bei uns im Land Brandenburg breit vertreten ist. Im Gegenteil, das sozial verantwortliche Unternehmertum werden wir in den kommenden Jahren dringend brauchen, um die Fehlentwicklungen in der vergangenen Zeit zu korrigieren. Denn eines steht, glaube ich, für uns alle fest: Der Markt darf kein Selbstzweck sein, er darf kein Ort sein, an dem sich Rücksichtslose durchsetzen können. Wirtschaft ist nicht alles, und eine Wirtschaft, die nicht den Menschen dient, hat schlicht und einfach ihre Bedeutung, ihre wirkliche Bestimmung verfehlt.

Die richtige Antwort auf die jetzige Entwicklung liegt aber in der Luft, wir können sie spüren; man hat sie im Bauch, aber auch im Kopf. Das Soziale und das Demokratische sind die Richtschnüre für die künftige Entwicklung, für unser Handeln. Sozial und demokratisch muss unsere Gesellschaft organisiert und geführt werden, sonst funktioniert sie nicht, meine Damen und Herren. Das haben die letzten Jahre ganz klar gezeigt.

Ich bin mir sicher, das gilt für unser Land, das gilt für Europa, das gilt für die ganze Welt.

Wir brauchen künftig eine wirksame Kontrolle auf den Finanzmärkten. Das heißt, alle Bankrisiken müssen transparent werden. Selbstverständlich wird es viele Geschäfte nicht ohne Risiko geben. Die Frage ist, ob diese Risiken auch transparent erkennbar dargestellt werden. Die nationale und die europäische Aufsicht müssen gestärkt werden. Wir sollten - ich halte das für dringend überfällig - wirklich eine internationale Bankenaufsicht schaffen. Rating-Agenturen müssen strengen Standards und Maßstäben unterworfen und schärfer kontrolliert werden.

Man muss sich mal überlegen, dass Rating-Agenturen eingerichtet wurden, um Wirtschaftsabläufe sicher zu machen, um zu sagen, wenn einer mit dreimal A geratet ist, kann man vertrauen. Genau sie waren mit die Achillesferse für die Entwicklung, weil vorwiegend Einrichtungen gegen die Wand gefahren sind, die dreimal A geratet waren.

Es muss verboten werden, riskante Finanzprodukte zu verkaufen, ohne die Risiken selbst abzusichern. Meinetwegen soll jemand solche Produkte herstellen und verkaufen, aber er muss die Risiken bei sich absichern und darf sie nicht neben die Bilanz stellen. Auch das haben wir massenweise gehabt. Ich bin auch der festen Überzeugung - auch wenn das mancher als einen schönen Sport sieht -, spekulative Leerverkäufe sollten schlicht und einfach verboten werden, nicht konditioniert, sondern einfach verboten werden, meine Damen und Herren.

Neben einem regulierten Finanzmarkt brauchen wir einen vorsorgenden Sozialstaat, einen Sozialstaat, der systematisch in die Fähigkeiten der Menschen investiert, ihnen aber zugleich auch verlässlichen Schutz bietet. Das alles sind Konsequenzen, die wir aus der Krise ziehen müssen.

Lassen Sie mich zur deutschen und auch zur brandenburgischen Sicht kommen. Nicht nur - auch das gehört zur Komplexität, aber auch zur Ehrlichkeit - amerikanische Banken, auch deutsche Banken haben in den vergangenen Jahren erhebliche Fehler gemacht. Risiken sind falsch eingeschätzt worden oder wurden übersehen. Das Vertrauen in die Branche hat erheblich gelitten. Nur 22 % der in einer Umfrage des Bundesverbandes Deutscher Banken Befragten haben gesagt, dass ihr Vertrauen in die Banken in den letzten Monaten nicht gelitten habe - nur noch 22 %. Es muss also den Banken auch daran gelegen sein, Vertrauen zurückzuerlangen.

Es ist nicht einfach, den Menschen zu erklären, warum nun ausgerechnet für Banken über Nacht milliardenschwere Rettungspakete geschnürt worden sind, für Banken, die in den vergangenen Jahren Milliardengewinne gemacht haben. Das fällt schwer zu erklären, und das wird uns weiter schwerfallen zu erklären, meine Damen und Herren.

Aber wem auch immer wir die Verantwortung zuweisen, wir alle, die gesamte Volkswirtschaft können auf Banken und auf Finanzmärkte nicht verzichten. Ich glaube, das hat sich auch bei allen

hinreichend verklärt. Sie versorgen Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger mit Kapital, sie stellen Spar- und Anlageformen auch für die Alterssicherung bereit; letztlich sind sie der Blutkreislauf des Wirtschaftssystems. Das muss man sich auch in dieser schwierigen Situation klarmachen. Wenn der nicht mehr funktioniert, ist der Organismus am Ende. Es geht ohne Banken nicht.

Das Rettungspaket ist deshalb nicht für Banker gemacht, sondern es ist für die Volkswirtschaft gemacht und eben auch für viele kleine, mittlere und große Unternehmen und für Sparerinnen und Sparer. Dafür ist das Rettungspaket gemacht. Die Alternative wäre gewesen, Montag früh um 9 vor der Bank zu stehen und keinen Pfennig Geld mehr ausgezahlt zu kriegen, weil alles weg ist.

Wir werden allerdings in Zukunft auf die Seriosität der Banken genauer achten müssen. Vertrauen können sich die Banken zurückerwerben, wenn sie ihrer Aufgabe wieder nachkommen, nämlich, schlicht und einfach die Wirtschaft mit Darlehen zu bedienen.

Wir hören mittlerweile von Wirtschaftsvertretern, Kammern und Unternehmern Bedenkliches genau in dieser Frage und in dieser Richtung. Geldinstitute sind zurückhaltend, der Interbankenverkehr funktioniert immer noch nicht, und es werden zu wenig Kredite vergeben. So tragen aus meiner Sicht die Banken momentan dazu bei, die Realwirtschaft noch zusätzlich in Bedrängnis zu bringen. Die Kanzlerin hat mit ihrer Kritik recht:

„Erst hat die Regierung die Banken mit einem Rettungspaket gestützt, jetzt kommen sie ihrer Aufgabe nicht nach.“

Ich möchte auch von hier aus noch einmal an alle Banken, auch an die Banken in unserem Land, sehr deutlich appellieren: Leisten Sie Ihren Beitrag in dieser komplizierten Situation, leisten Sie Ihren Beitrag zum Gemeinwohl, und kommen Sie Ihrer Aufgabe nach, stärken Sie der Wirtschaft vor Ort den Rücken! Die Wirtschaft braucht es gerade jetzt, meine Damen und Herren.

Vertreter der Deutschen Bank haben vor wenigen Stunden genau dies zugesagt. Darüber bin ich froh. Mir wurde auch gesagt, man habe aus den Fehlern, die auch diese große Bank Anfang des Jahrzehnts gemacht habe, unter anderem der Rückzug aus der Fläche - das muss man ja auch mal klar sagen -, gelernt und wolle ihn nicht wiederholen.

Lassen Sie mich ein Wort zu den Sparkassen sagen. Die Sparkassen zeichnen sich auch in diesen Zeiten als verlässliche Partner gerade der mittelständischen Wirtschaft aus. Sie werden als kommunal verankerte Kreditinstitute ihrer Verantwortung in der Region gerecht, sie kümmern sich um die Region, damit die Menschen etwas davon haben. Wir sehen heute sehr deutlich, dass das deutsche Bankenmodell mit starken Sparkassen und Genossenschaftsbanken ein wichtiger Baustein zur Bewältigung der Finanzkrise in unserem Land ist. Wir sollten daran auch nicht mehr rütteln lassen, meine Damen und Herren.

Die Stabilisierung des Geldkreislaufs ist unser wichtigstes Instrument, um die Wirtschaft insgesamt durch die Krise zu führen. Das Erfolgskriterium kann man ganz klar beschreiben, Vizekanzler Steinmeier hat es mit drei Begriffen beschrieben: Beschäftigung, Beschäftigung, Beschäftigung.

Das Maßnahmenpaket des Bundes, Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung, soll in diesem Sinne Impulse für Investitionen geben. Es geht darum, mit gezielten Förderungen Unternehmen, Kommunen, aber auch Privathaushalte zu Investitionen in Höhe von rund 25 Milliarden Euro anzuregen.

Ich verhehle auch nicht, dass man sich vortrefflich darüber streiten kann, ob die verbesserte Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen und eine zeitlich befristete Kfz-Steuerbefreiung wirklich so wirkungsvoll, so impulsgebend sind oder einfach an manchen Stellen auch nur Mitnahmeeffekte auslösen. Vielleicht hätte man sinnvollerweise eine Verschrottungsprämie für Autos einführen sollen. Auch die Debatte ist ja gelaufen und läuft weiter. Aber, meine Damen und Herren, das ist schon ein bisschen Beckmesserei; das sehe ich auch ein. Das Paket bleibt trotzdem ein richtiges Signal in dieser Zeit. Deshalb haben wir im Bundesrat auch zugestimmt.

Unser Beitrag - der brandenburgische Beitrag - zu diesem Impulspaket für die Periode bis 2012/13 beläuft sich dabei, auch das darf man nicht verschweigen, auf ca. 250 Millionen Euro. Das ist für uns kein kleiner Betrag. Das will ich ganz klar sagen. 250 Millionen Euro ist, wie ich denke, an der Stelle richtig eingesetztes Geld. Lassen Sie mich, wenn wir bei den Finanzen sind, auf das schöne, viel diskutierte Thema - wir werden Weihnachten auch noch Emotionen erleben - Steuern eingehen.

Ich sage hier ganz klar: Ich bin gegen Konsumgutscheine, weil ich glaube, dass sie eher Strohfeuer auslösen. Man muss nur einmal Einzelhändler fragen, wie das Handling sein sollte: Wenn ein 500-Euro-Schein mit 200 Euro Zuzahlung nicht komplett eingelöst wird, sondern nur 320 Euro mit 124 Euro Zuzahlung eingelöst werden, wie soll man dann zum nächsten gehen? Ich halte nichts davon.

Ich halte aber auch nichts davon, wenn der Staat heute auf Steuereinnahmen verzichten soll. Wir werden gerade in den nächsten ein, zwei Jahren dringend einen handlungsfähigen Staat brauchen. Man kann sagen: So wertvoll war er selten. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, und ein handlungsfähiger Staat muss konzentriert und aktiv agieren können. Dieses Geld würde uns für wichtige Investitionen an vielen Stellen fehlen, würde aber bei nicht wenigen nur zur Erhöhung der Sparquote führen. Auch das muss man ganz nüchtern sagen.

Dieser Entlastungseffekt würde sich mit Sicherheit auch nur auf einen Teil der Bevölkerung konzentrieren. Rentner, einkommensschwache Familien, Familien mit Kindern würden davon am wenigsten profitieren. Sie wären diejenigen, die das Geld als erste ausgeben und in den Kreislauf bringen würden. Deshalb halte ich diese Idee nicht für eine wirklich zielführende.

Viel besser kann das Geld am Markt wirken, wenn wir damit wirklich nachhaltige Investitionen tätigen. Ich glaube aber nicht, dass es unbedingt vieler neuer Programme bedarf. Wir sollten die Strukturen, die da sind, nutzen und Finanzmittel gezielt einbringen. Das Erfinden komplett neuer Programme würde zu viel Zeit verstreichen lassen, die wir im Moment nicht haben.

Meine Damen und Herren, wir bereiten uns im Moment auf eine Marktschwäche vor, die Brandenburg erst in einigen Monaten wahrscheinlich mit voller Kraft erreichen wird. Dann müssen Maßnahmen laufen. Dann dürfen wir nicht mehr in der Findungs- oder Erfindungsphase sein. Deshalb sollten wir - auch das halte ich für zeitgemäß - bei den gesetzten Prioritäten bleiben: Bildung, Wissenschaft, Klimaschutz, Energieeffizienz und Infrastruktur.

Die Neuausrichtung unserer Förderpolitik - das Stichwort lautet regionale Wachstumskerne - hat uns deutlich vorangebracht und hat sich bewährt. Wir müssen aus meiner Sicht angesichts der Herausforderungen der Krise nicht weniger, sondern noch stärker auf Zukunftsbranchen setzen.

Ich bin überzeugt: Mit Investitionen in Energieeffizienztechnologien, in erneuerbare Energien, in Recycling und Abfallwirtschaftstechnologien, aber auch in Mobilität und Verkehrstechnologien werden wir die Märkte der Zukunft erobern. Wenn wir schon die Krise haben, sollten wir sie so nutzen, dass wir danach besser aufgestellt sind als vorher, weil es ein Leben nach der Krise geben wird. Wir sollten heute Investitionen tätigen, die keine Strohfeuer entfachen, sondern durch die wir danach besser aufgestellt sein werden.

In einigen Bereichen, wie bei den erneuerbaren Energien oder auch der CO<sub>2</sub>-Abscheidungstechnologie, sind wir heute schon - das gilt europa- und teilweise weltweit - ganz vorn. Das müssen wir aufbauen.

Außerdem kommt es uns zugute, konsequent auf den Aufbau einer leistungsstarken Wissenschaftslandschaft gesetzt zu haben: Innovation, neue Technologien, wirtschaftliche Entwicklung brauchen Wissenschaft. Hier beginnen wir nicht bei null. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir auf den Schwerpunkt Energieforschung und Förderung der Energietechnologie gesetzt.

Lassen Sie mich nur das Verbundprojekt Geoenergie nennen, in dem die Forschungskompetenzen der BTU, des GFZ und der Universität Potsdam gebündelt sind. Auch die in Brandenburg geschaffene Klimaplattform als bundesweit derzeit einmaliges Netzwerk von

Forschungseinrichtungen und Hochschulen ist ein herausragendes Beispiel für zukunftsorientierte Forschung.

Ich möchte mit diesen wenigen Beispielen nur zeigen: Wir tun, was in unserer Kraft steht. Unsere Kraft ist nicht unendlich groß. Wir sind kein großes Land. Dazu gehört alles. Dazu gehört vor allem, weiterhin in die Zukunft unseres Landes zu investieren. Ich finde, es ist keine Nebenbemerkung, wenn wir feststellen, dass im nächsten Jahr in unserem Landeshaushalt 1,8 Milliarden Euro für Investitionen bereitstehen. 1,8 Milliarden Euro! Das ist pro Kopf gerechnet - das sind ungefähr 700 Euro pro Bürger - mehr als in den meisten Ländern der Bundesrepublik - deutlich mehr, wie man an dieser Stelle sagen muss.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Stärken in unserem Land. Jetzt müssen wir diese Stärken mobilisieren. Wir haben ein Investitionspaket geschnürt. Jetzt müssen wir es umsetzen. Die Landesregierung hat unter Federführung von Ulrich Junghanns gemeinsam mit der Investitionsbank bereits konkrete Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft auf den Tisch gelegt. Die Maßnahmen beinhalten erstens ein Sonderkreditprogramm zur Liquiditätssicherung auf der Basis des von der ILB des Landes angebotenen Brandenburg-Kredits. Es geht uns darum, den Unternehmen zu helfen, Gesamtfinanzierungen für Investitionsvorhaben darzustellen. Deshalb wird die ILB Hausbanken bei der Investitionssicherung unterstützen.

Zweitens: Globaldarlehen und Einzelfinanzierung zur Investitionssicherung. Die Investitionsbank wird das Bürgschaftsinstrumentarium zur Überbrückung von Finanzierungsengpässen bei Betriebsmitteln und Anschlussfinanzierung verstärken.

Drittens: Die Bereitstellung von Risikokapital und Nachrangdarlehen zur wichtigen Eigenkapitalstärkung der brandenburgischen Unternehmen.

Viertens: Ein Darlehensprogramm für Klimaschutz und Infrastrukturinvestitionen.

Diese vier Maßnahmen haben ein Volumen von 400 Millionen Euro. Ich will an dieser Stelle sagen: Es ist gut, dass wir die ILB - das ist nicht überall, nicht in jedem Bundesland derzeit so - als verlässlichen, vertrauenswürdigen Partner an unserer Seite haben.

Dies waren erste Schritte. Weitere werden folgen. Wir haben unter Leitung des Chefs der Staatskanzlei dazu eine Arbeitsgruppe gebildet. Ich sage aber noch einmal: Es geht nicht um Aktionismus. Diese Arbeitsgruppe wird länger arbeiten müssen, denn die Wirkungen der Krise, die heute noch nicht alle absehbar sind, werden uns länger begleiten. Es wird leider nicht in wenigen Wochen oder Monaten vorbei sein.

Wir wollen unsere Erkenntnisse und Analysen - auch die der anderen Bundesländer und der Bundesregierung - zusammenbringen und ausarbeiten, wo und wie wir sinnvoll wirtschafts- und beschäftigungspolitisch Maßnahmen auf den Weg bringen können. Wir ziehen geplante Investitionsvorhaben des Landes zeitlich vor und beschleunigen die Planungsarbeiten. Anfang Dezember hat das Kabinett 25 prioritäre Maßnahmen in den regionalen Wachstumskernen beschlossen. Wir haben hier - auch das ist nötig, wenn man Wirkungen erreichen will - einen ausreichenden Vorrat an umsetzungsreifen Vorhaben. Das sind die bereits in den Vorjahren beschlossenen, aber noch nicht fertigen Maßnahmen. Wir werden nach Wegen suchen, die Umsetzung nochmals zu beschleunigen.

Wir werden übrigens auch darauf drängen, dass es der Bund bei seinen Investitionen in Brandenburg genauso macht. Solche Projekte sind zum Beispiel der Neubau des Schiffshebewerks Niederfinow oder der lang ersehnte und nun endlich kommende Ausbau der Zugstrecke Berlin - Cottbus. Außerdem erhalten wir in den nächsten zwei Jahren 54 Millionen Euro extra für den Bau und die Erhaltung von Bundesfernstraßen - auch kein kleiner Betrag, der auch erst einmal sinnvoll umgesetzt werden muss.

Wir werden uns verstärkt um Investitionen in Schulgebäude, Kindertagesstätten und Schulsportstätten kümmern. Nach wie vor gibt es solche Gebäude, die in einem deutlich

sanierungsbedürftigen Zustand sind. Nach allem, was man hört, wird der Bund ein Schulsanierungsprogramm über mehrere Jahre auflegen. Das werden wir, wenn es denn kommt, kofinanzieren. Das Gleiche gilt für das Programm zur energetischen Gebäudesanierung. Sollte dieses Bundesprogramm wider Erwarten nicht zustande kommen, werden wir die Neuauflage des Landesprogramms zur Förderung von Investitionen in Schulgebäude und Schulsportstätten anpacken.

Für ländliche Räume prüfen wir derzeit die Möglichkeit, bereits vorhandene Programmmittel aus ELER(?) zusätzlich für Investitionen in Kindertagesstätten zu nutzen.

Wir werden auch die Breitbandstruktur ausbauen. Breitbandversorgung ist heutzutage eine der wichtigsten Voraussetzungen für Wachstum und Arbeitsplätze. Es ist so etwas wie eine infrastrukturelle Lebensader, genauso wie Straßen und Stromleitungen. Die Versorgung in unserem Land ist noch nicht flächendeckend. Wir haben uns deshalb zum Ziel gesetzt, die weißen Flecken auf der Landkarte bis Ende 2009 im Wesentlichen zu beseitigen.

Das ist technisch realistisch. Durch den in Brandenburg bereits abgeschlossenen Umstieg auf die digitale Verbreitung des Antennenfernsehens sind Frequenzen frei geworden. Diese werden den Aufbau von Breitbandinternet in ländlichen Regionen wesentlich erleichtern. Die Landesregierung wird dabei auch die Sendemasten zur Verfügung stellen, die für den digitalen Polizeifunk errichtet werden.

Wir werden sicherstellen, dass das Konjunkturprogramm und andere aktuelle Investitionsprogramme des Bundes wie das Klimaschutzprogramm gänzlich ausgeschöpft werden. Das gilt auch für europäische Programme. Wir werden alles dafür tun - auch das ist nicht nur eine Fußnote -, dass die Förderprogramme des Bundes, des Landes, aber gerade auch die der EU noch besser in Brandenburg ankommen. Dazu gehört aber auch, dass die EU in Brüssel jetzt wirklich ernst macht, endlich ernst macht - die Zeichen stehen gut -, und ihre Verfahren vereinfacht und beschleunigt. Da hat sich etwas eingeschwungen, was einfach aus guten Zeiten heraus viel zu lange dauert und viel zu undurchsichtig ist. Wir werden auch unsere eigene Öffentlichkeitsarbeit zu den Förderprogrammen deutlich verbessern.

Ich mache immer wieder die Erfahrung, dass manches Programm in den Kommunen, aber auch bei Unternehmen und gerade bei Bürgern unbekannt ist. Auch wenn sie dem Titel nach bekannt sind, kommen sie nicht zur Anwendung, weil sie schlicht und ergreifend für den Alltag zu umständlich angelegt sind.

Wir wollen, dass Unternehmer auch in dieser schwierigen Zeit weiterhin in unserem Lande investieren; wir konnten ja gerade eine große Investition in Höhe von 630 Millionen Euro in Eisenhüttenstadt begrüßen. Deshalb garantieren wir, dass die förderfähigen GA-Anträge aus dem Landeshaushalt kofinanziert werden. Wir werden die Verwaltungsverfahren der Landesbehörden beschleunigen.

Lassen Sie mich zu einem weiteren Thema, das mir ganz besonders am Herzen liegt, einige Sätze sagen: Arbeitsplätze und deren Sicherung. Wir werben für Qualifizieren statt Entlassen und arbeiten an einem entsprechenden Programm. Das heißt, dass die Zeit der Kurzarbeit von Unternehmen und Mitarbeitern für Fort- und Weiterbildung genutzt werden soll. Mir ist es wichtig, dass sich sowohl Unternehmen als auch Gewerkschaften und Betriebsräte Folgendes deutlich vor Augen halten: Ohne qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt es keine wettbewerbsfähigen Unternehmen. Wer Fachkräfte jetzt gehen lässt, wird ein großes Problem dabei haben, sie später wiederzubekommen. Nach dem Abschwung kommt der Aufschwung. So funktioniert die Marktwirtschaft. Das sollten wir nicht aus den Augen lassen.

Damit meine ich Qualifizierung nicht nur unmittelbar arbeitsplatzbezogen. Nicht nur für die Beschäftigten in unseren Unternehmen ist Weiterbildung wichtig, sondern wir brauchen auch an sich gebildete Bürger. Wir brauchen Bürger, die ihr Wissen immer wieder aktualisieren und erweitern. Deshalb prüfen wir auch die Förderung für arbeitsplatzunabhängige Qualifizierung. Ich habe die



Arbeitsministerin gebeten, mit der Bundesregierung nach Möglichkeiten zu suchen, zur Vermeidung von Entlassungen und Kurzarbeit auch in kleinen und kleinsten Betrieben so etwas realistisch nutzbar zu machen. Dort sind nämlich noch viele Barrieren, sodass man vor diesem Instrument noch zurückschreckt.

Es ist gut, dass im Rahmen des kommenden Konjunkturpakets des Bundes über weitere positive Veränderungen beim Kurzarbeitergeld nachgedacht wird. Im ersten Paket ist die Bezugsdauer auf 18 Monate verlängert worden. Das war ein sinnvoller, ein richtiger Schritt, der auch ein ganzes Stück Sicherheit für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sich bringt. Aber ich denke, das war nur ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen; denn das Kurzarbeitergeld ist eine gute, eine wichtige Brücke zwischen konjunkturschwachen und -starken Phasen, eine Brücke, um Entlassungen vermeiden zu können. Manchem Arbeitgeber, gerade den kleineren, wäre schon geholfen, wenn er bei den von ihm zu tragenden Sozialversicherungsbeiträgen Unterstützung fände. Das werden wir mit der Bundesregierung auch bereden.

Lassen Sie mich noch zu einem anderen Stichwort ein paar Sätze sagen: ländlicher Raum. Die EU hat bekanntlich die schrittweise Kürzung von Agrardirektbeihilfen für landwirtschaftliche Betriebe beschlossen. Diese zusätzliche Kürzung der Direktzahlungen in Höhe von 4 % für unsere Großbetriebe ist eine wahrlich bittere Pille und bedeutet gleichzeitig einen Paradigmenwechsel. Auch nach 2013 - da müssen wir realistisch sein - sind weitere einschneidende Veränderungen im Agrarbereich zu erwarten. Deshalb müssen wir auch unsere Arbeitgeber im ländlichen Raum unterstützen, sodass unsere Betriebe wettbewerbsfähig bleiben und die Arbeitsplätze gesichert werden. Dabei müssen wir uns auch den neuen Herausforderungen, Klimawandel, Wassermanagement und Erhalt der biologischen Vielfalt, selbstverständlich stellen. Wir wollen deshalb die Modulationsmittel so einsetzen, dass wir beide Aufgaben erfüllen und die Investitionen insbesondere in landwirtschaftliche Betriebe unterstützen.

Neben den Einzelmaßnahmen müssen wir uns übergreifend auch auf das besinnen, was man so schön „unternehmerische Verantwortung“ nennt. Marktwirtschaft braucht Menschen, die im Wortsinn etwas unternehmen, Menschen, die Ideen, den Mut und die Risikobereitschaft haben, das umsetzen zu wollen, und die nicht bei Rückschlägen sofort aufstecken. Solche Menschen brauchen wir in allen Lebensbereichen, vor allem und gerade in der Wirtschaft. Ich weiß sehr gut, dass wir in Brandenburg sehr viele sehr verantwortungsvolle Unternehmer haben, und zwar insbesondere im Mittelstand. Sie haben mit ihrer Leistung den Löwenanteil am Aufschwung der vergangenen Jahre erarbeitet. Brandenburg baut jetzt auf ihre Kraft.

Was muss man aber konkret noch dazu sagen? Verantwortungsvolle Unternehmer trennen sich nicht vorschnell von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wenn es wirtschaftlich schwierig wird, und schon gar nicht in Zeiten großen Fachkräftebedarfs. In Betrieben herrscht nicht selten auf beiden Seiten auch Verständnis füreinander. Die Unternehmer wissen, dass sie auf ihre Mitarbeiter angewiesen sind, und umgekehrt.

Einige Unternehmen haben in den vergangenen Wochen Kurzarbeit anmelden müssen. Besonders hart betroffen sind bekanntlich die Automobil- und die Automobilzulieferbranche, aber auch Große in Brandenburg: Arcelor Mittal in Eisenhüttenstadt und Mercedes-Benz in Ludwigsfelde. Ich weiß sehr gut, dass es sich keine der Geschäftsführungen mit diesem Schritt leicht gemacht hat. Ich habe unternehmerische Entscheidungen dieser Art auch niemandem abzunehmen. Aber meine Empfehlung möchte ich auch an diesem Nachmittag noch einmal klar und deutlich aussprechen, und zwar adressiert auch und gerade an solche großen Unternehmen: Halten Sie Ihre Fachkräfte auch in Krisenzeiten! Sie werden Sie in Bälde dringend wieder brauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die gegenwärtige Krise ereilt Brandenburg - man kann wahrscheinlich sagen: ganz Ostdeutschland - in einer ungünstigen Situation. Sie trifft viele Menschen in einer Situation, in der sie gerade begonnen hatten, Vertrauen zu fassen und Boden unter die Füße zu bekommen. Hunderttausende Brandenburgerinnen und Brandenburger haben sich in den vergangenen Jahren aus den größten Schwierigkeiten der Nachwendezeit herausgearbeitet.

Viele haben erst vor kurzem einen neuen Arbeitsplatz und damit Zukunft und Perspektive gefunden, eine Familie gegründet, ein Eigenheim erworben oder ein Auto gekauft - und das alles in Verhältnissen, die noch nicht gefestigt sind. Darum ist die Sorge gerade vieler Menschen in Ostdeutschland groß, dies alles könnte jetzt wieder bedroht sein. Umso größer sind ihre Erwartungen an Staat und Politik. Umso größer sind ihre Befürchtungen in der Krise, erneut ins Hintertreffen zu geraten. Umso labiler ist die Stimmung hier im Osten. Ein Land, zwei Gesellschaften: Die neueste Untersuchung des Sozialwissenschaftlers Wilhelm Heitmeyer hat soeben erst gezeigt, wie verbreitet dieses Lebensgefühl auch fast zwei Jahrzehnte nach der deutschen Vereinigung immer noch ist.

Ich möchte nicht, dass die Wirtschaftskrise das Verhältnis von Ost und West weiter beeinträchtigt; im Gegenteil: Gerade in dieser Krise sollten wir in Deutschland zusammenrücken. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass Ostdeutschland in den schwierigen Entscheidungen, die in den kommenden Monaten vor uns liegen, in jeder Hinsicht auch auf Augenhöhe beteiligt wird. Gerade in der wirtschaftlichen Krise werden wir, wird die Regierung die Interessen aller Brandenburger auf sämtlichen politischen Ebenen von Berlin bis Brüssel mit allem Nachdruck vertreten.

„Kinder, vergesst nicht, der eigentliche Sinn des Lebens liegt im Miteinander“, sagte Regine Hildebrandt. Dieses lebenskluge Motto hat viele in unserem Lande, auch mich, geprägt. Mag sein, dass diese Grundhaltung, die Gemeinsinn und Gemeinsamkeit in den Mittelpunkt stellt, aus historischen Gründen im Osten Deutschlands noch viel mehr verbreitet ist als anderswo, mag auch sein, dass gerade deshalb die Empörung über die Auswüchse der regellosen Märkte hier bei uns besonders heftig ausfällt. Wirtschaft ist nicht alles, und eine Wirtschaft, die nicht den Menschen dient - ich sagte es vorhin schon -, hat ihre Bestimmung verfehlt. Diese Prinzipien bieten nicht die schlechteste Orientierung in schwierigen Zeiten, und wir sollten deutlich an ihnen festhalten. Ich sage an der Stelle aber auch: Was uns jetzt nicht weiterhilft, ist zu viel rückwärtsgewandte Verklärung, Verklärung dergestalt, dass im Staatssozialismus so etwas nicht passiert wäre, wie häufig zu hören ist. Man muss tatsächlich ganz klar sagen: Nein, so etwas wäre mit Sicherheit nicht passiert.

Aber auch der Staatssozialismus war alles andere als eine lauschige, gut eingerichtete Wärmestube. Natürlich bedeutete die DDR für Millionen von Menschen - auch für mich - über Jahrzehnte ganz normal gelebtes Leben mit allem, was dazu gehört: Familie, Freundschaften, Höhen und Tiefen, Freud und Leid.

Für einiges fand die DDR auch ausgesprochen gute Lösungen - inzwischen werden sie auch in den alten Bundesländern diskutiert und nachgeahmt -: Polikliniken, Ganztagschulen, Kindertagesstätten; man könnte die Reihe fortsetzen.

Aber, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer alt genug ist und sich ehrlich erinnert, weiß auch genau, wie es damals tatsächlich aussah und wie es zuging, gerade in den späten Jahren des real existierenden Sozialismus, und er kennt auch noch das Gefühl - es war ein eher lähmendes Grundgefühl - der Vergeblichkeit. Dieses Gefühl hat die letzten Jahre des Lebens in der DDR gekennzeichnet.

Ich habe einmal sinngemäß Christa Wolf zitiert. Mittlerweile liegt mir der Wortlaut vor, und ich will das Zitat noch einmal vortragen. 1982 hat sie in ihr Tagebuch geschrieben:

„Eben dies, die bleiern-graue Resignation, das bequeme Sich-Gehen-Lassen hat ja die allermeisten Leute erfasst, die normalerweise schöpferisch sein könnten: Wer eine Generation lang daran gehindert wird, gibt es schließlich auf. Oder geht weg. Mehltau legt sich über alle und alles.“

Ich glaube, besser, als Christa Wolf es getan hat, kann man die Stimmung der 80er Jahre nicht in zwei Sätze fassen.

Nein, wir dürfen uns auch in diesen schwierigen Zeiten nicht zu falschen Schlüssen verleiten lassen.

Die DDR war nicht reformierbar und nicht überlebensfähig. Vor Ungerechtigkeit und Willkür hat sie ihre Bürger nicht geschützt. Deshalb wollte am Ende eine große Mehrheit nichts dringlicher als einen Neuanfang. Darum haben wir Ostdeutsche mit der friedlichen Revolution von 1989 das Richtige getan: die DDR beendet und uns auf den Weg in ein geeintes, demokratisches Deutschland gemacht, in ein Land mit mehr Freiheit, mehr Wohlstand und besseren Lebenschancen.

Ich höre die Einwände sehr wohl und nehme sie ernst: Was nützt uns die schönste Freiheit, wenn die Marktwirtschaft genauso schlecht funktioniert wie der Staatssozialismus damals? - So wird heute nicht selten gefragt. Ich glaube, eine solche Gleichung führt in die Irre. Die demokratische Gesellschaft mit ihren Grundrechten und Grundfreiheiten ist und bleibt ein Wert an sich.

An unsere 1989 erkämpfte Freiheit haben wir uns gewöhnt. Ich bin mir sicher: Wir würden sie bitter vermissen, ginge sie uns im 21. Jahrhundert noch einmal verloren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich meine Rede in einem Satz zusammenfassen müsste, würde er lauten: Wir Brandenburger sind von der globalen Krise betroffen, aber wir können ihr auch viel entgegensetzen. Ich bin mir meiner Verantwortung bewusst und verspreche den Menschen in unserem Lande: Was immer die Landesregierung tun kann, wird sie tun. Wo immer wir sinnvoll helfen können, da werden wir helfen. Wo immer wir von Brandenburg aus Einfluss auf den Bund nehmen können, werden wir das tun, damit die Krise auch in ganz Deutschland schnell, energisch und wirkungsvoll kleingehalten bzw. beendet werden kann.

Die Felder, auf denen die Landesregierung aktiv wird, habe ich Ihnen soeben erläutert:

Erstens: Wir haben Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft auf den Weg gebracht.

Zweitens: Wir investieren, wo wir können, wo wir es für sinnvoll halten und so schnell, wie wir können.

Drittens: Wir sorgen dafür, dass die Maßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen tatsächlich ineinandergreifen, um Beschäftigung zu sichern.

Viertens: Wir denken weiter. Die Arbeitsgruppe der Staatssekretäre wird weitere Vorschläge ausarbeiten.

Meine Damen und Herren! 2009 wird es auch gute Nachrichten geben. Deshalb sollten wir das Weihnachtsfest und den Jahreswechsel nutzen, um die Kräfte zu sammeln. Ich wünsche Ihnen und allen Bürgerinnen und Bürgern des Landes in diesem Sinne einen kraftvollen und - bei aller Sicht für die Realität - zuversichtlichen Start in das neue Jahr. - Vielen Dank.